

Stefan Schiman

Internationale Nachfrage für exportgetriebenen Aufschwung zu gering

Prognose für 2014 und 2015

Internationale Nachfrage für exportgetriebenen Aufschwung zu gering. Prognose für 2014 und 2015

Die neuerliche Dämpfung des Welthandels in den letzten Monaten verhindert einen exportgetriebenen Aufschwung im Euro-Raum und in Österreich. Da viele Länder die Folgen der Finanzmarktkrise noch nicht überwunden haben, bleibt auch – im Gegensatz zu den USA – die Binnennachfrage schwach. In Österreich wird das reale BIP heuer daher um nur 0,8% wachsen, 2015 um 1,2%.

External Demand Unable to Secure Export-Driven Recovery. Economic Outlook for 2014 and 2015

A further slackening of global trade in the last few months is holding back an export-led recovery in the euro area as well as in Austria. Since many countries have not yet digested the repercussions of the financial market crisis, also domestic demand remains feeble, unlike in the USA. In Austria, real GDP is expected to grow by a modest 0.8 percent in the current year, picking up to 1.2 percent in 2015.

Kontakt:

Stefan Schiman, MSc:

WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Stefan.Schiman@wifo.ac.at

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <http://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturbericht-erstattung-Glossar.pdf> • Abgeschlossen am 5. September 2014.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (Astrid.Czaloun@wifo.ac.at), Maria Riegler (Maria.Riegler@wifo.ac.at)

2013 gewann der Welthandel etwas an Dynamik und mit ihm der heimische Außenhandel. Der Aufschwung, der durch die positiven Stimmungsindikatoren angezeigt wurde, festigte sich aber nicht, u. a. da die internationale Exportnachfrage aufgrund des Kapitalabzuges aus vielen Schwellenländern wieder jäh abnahm. Darüber hinaus entwickelt sich die Binnennachfrage im Euro-Raum seit der Rezession 2012/13 sehr gedämpft. Die Privatverschuldung ist seit der Finanzmarktkrise kaum gesunken und schränkt in vielen Ländern die Konsum- und Investitionsmöglichkeiten ein. Die weitere Lockerung der Geldpolitik durch die EZB erleichtert zwar das Kreditangebot, behebt aber nicht die Nachfrageschwäche. Für den Euro-Raum wird daher ein geringeres BIP-Wachstum prognostiziert als Ende Juni 2014 (2014 +0,8%, 2015 +1,1%), die Prognose für die USA wird beibehalten (2014 +2,2%, 2015 +3,1%).

Vor diesem Hintergrund wird der heimische Außenhandel weniger expandieren als im Sommer erwartet. Investitionen werden wegen der getrübbten Absatzperspektiven zurückgehalten. Betroffen sind insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen, die heuer noch stagnieren. In der Herstellung von Waren nimmt neben der Arbeitszeit pro Kopf auch die Beschäftigung ab. In den Dienstleistungsbranchen steigt sie vor allem aufgrund der Ausweitung von Teilzeitstellen. Für die Gesamtwirtschaft ergibt sich eine Stagnation des Arbeitsvolumens, sodass das reale Wirtschaftswachstum von 0,8% 2014 und 1,2% 2015 gänzlich auf Produktivitätssteigerungen beruht. Der Rückgang der Beschäftigung inländischer Arbeitskräfte setzt sich fort, zumal auch deren Arbeitskräfteangebot aus demographischen Gründen abnimmt. Die Arbeitslosenquote erhöht sich im Prognosezeitraum auf knapp unter 9%. Die Inflationsrate bleibt mit 1,8% angesichts der Konjunkturschwäche relativ hoch und schmälert neben der zunehmenden Abgabenbelastung die reale Kaufkraft. Der private Konsum steigt daher weiter nur mäßig. Die Konjunktüreintrübung belastet zwar die öffentlichen Haus-

halte, gleichzeitig dämpft aber der weitere Rückgang der Zinssätze die Ausgaben. Ein Risiko für die Konjunktur liegt insbesondere in einer möglichen Verschärfung der Russland-Krise. Eine Belebung der Konjunktur könnte in Gang kommen, wenn die neue Europäische Kommission deutliche Stimulierungsmaßnahmen setzt.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 1,8	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,2
Nominell		+ 3,2	+ 4,9	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,8
Herstellung von Waren ¹⁾ , real		+ 7,6	+ 8,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,8	+ 2,5
Handel, real		+ 2,2	+ 1,3	- 1,7	- 1,4	± 0,0	+ 1,0
Private Konsumausgaben, real		+ 2,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,2	+ 0,4	+ 0,8
Bruttoanlageinvestitionen, real		- 1,4	+ 8,5	+ 1,6	- 0,8	+ 0,9	+ 1,5
Ausrüstungen		+ 2,1	+ 14,3	+ 2,1	- 3,5	± 0,0	+ 2,0
Bauten		- 3,9	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,0
Warenexporte ²⁾							
Real		+ 13,6	+ 8,1	+ 0,8	+ 3,1	+ 2,3	+ 3,5
Nominell		+ 16,7	+ 11,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 4,0
Warenimporte ²⁾							
Real		+ 11,7	+ 8,6	- 1,3	+ 0,9	+ 1,7	+ 3,5
Nominell		+ 16,5	+ 15,3	+ 0,7	- 1,0	+ 0,7	+ 4,0
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	+ 9,74	+ 4,90	+ 7,33	+ 8,45	+ 7,63	+ 8,30
	in % des BIP	+ 3,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,5
Sekundärmarktrendite ³⁾	in %	3,2	3,3	2,4	2,0	1,5	1,3
Verbraucherpreise		+ 1,9	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁴⁾		4,4	4,2	4,3	4,9	5,0	5,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾		6,9	6,7	7,0	7,6	8,4	8,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 4,5	- 2,5	- 2,6	- 1,5	- 2,9	- 1,9

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Laut Statistik Austria. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Labour Force Survey. – ⁵⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiener.

1. Aufwärtsdynamik des Welthandels endet jäh

Der Kapitalabzug aus den Schwellenländern drückt wegen Wechselkursänderungen und höheren Zinssätzen deren Importnachfrage.

Im Jahresverlauf 2013 beschleunigte sich das Welthandelwachstum wieder. Vor dem Hintergrund der robusten Erholung in den USA und der Entschärfung der Refinanzierungskrise einiger Euro-Länder schien sich auch in Österreich ein mäßiger exportinduzierter Aufschwung zu festigen. Diese Aufwärtsentwicklung endete heuer jedoch, da weltweit die Importnachfrage vieler Schwellenländer deutlich und gleichzeitig an Kraft verlor (Abbildung 1), darunter große Volkswirtschaften wie Indien, Brasilien und Russland. Die gemeinsame Ursache dieses Rückganges dürfte der Kapitalabzug sein, von dem diese Länder nach der Ankündigung einer Trendwende in der Geldpolitik der USA betroffen waren und die markante Zinssatzerhöhungen und teilweise neue Kapitalkontrollen zur Folge hatte. In Russland verschärfte sich der Konjunkturreinbruch durch die Wirtschaftssanktionen der USA und der EU wegen der Ukraine-Krise. Das WIFO setzt deshalb seine Wachstumsprognose für den Welthandel auf 3,5% 2014 und 4,0% 2015 herab.

Da die Konjunktur in den USA auf einer robusten Binnennachfrage basiert, ist sie von der Eintrübung des Welthandels weniger betroffen als die exportorientierten Volkswirtschaften in Europa. In Österreich schwächte sich das einsetzende Außenhandelswachstum heuer wieder spürbar ab.

2. Divergierende geldpolitische Impulse in den Industrieländern

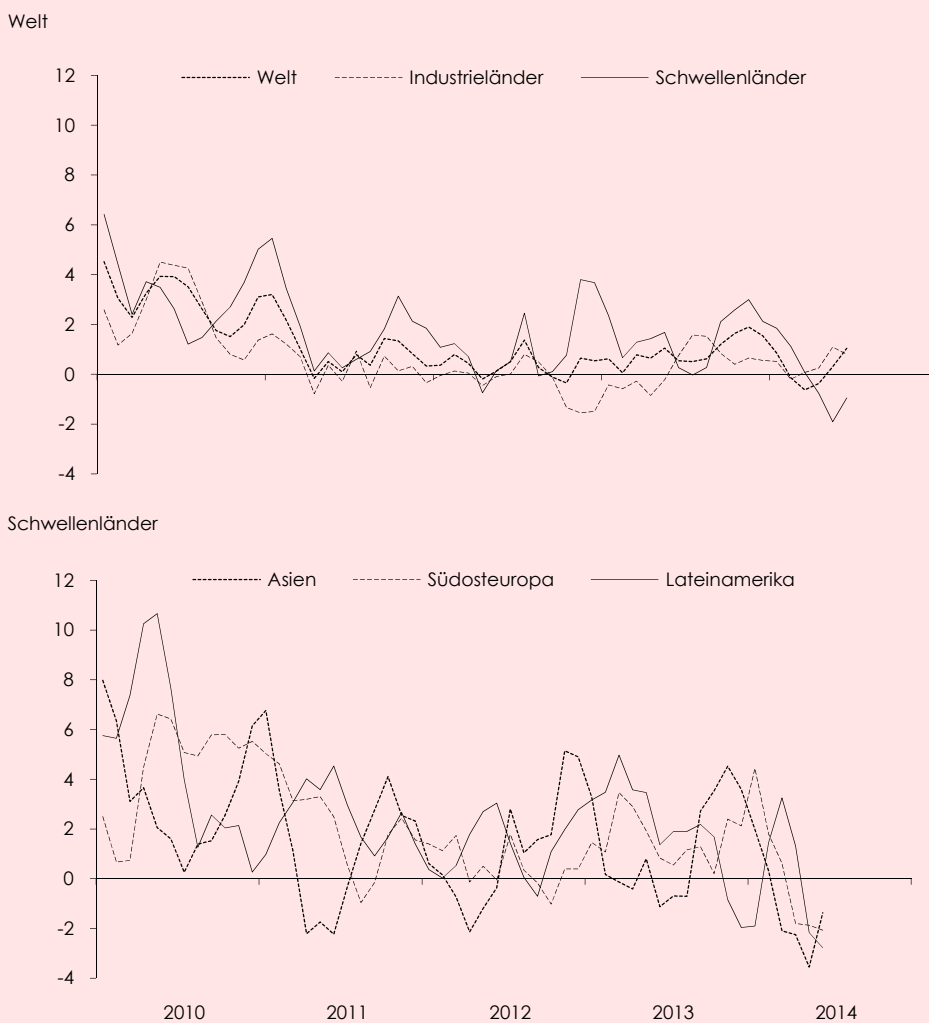
Für den Prognosezeitraum zeichnen sich sehr unterschiedliche Impulse der Zentralbanken der USA (Fed), Großbritanniens (Bank of England) und des Euro-Raumes (EZB) ab: Die Fed begann zu Jahresbeginn 2014 die schrittweise Einschränkung ihrer Anleihenkäufe, die damit im Oktober 2014 vollständig auslaufen werden. Dies dürfte

von den Finanzmarktakteuren in die aktuellen Zinssätze bereits eingepreist sein, so dass keine weiteren Finanzmarkturbulenzen entstehen sollten. Angesichts der Normalisierung der Inflationsrate und des Rückganges der Arbeitslosenquote wird die Fed wohl 2015 erstmals seit 2008 den Leitzinssatz anheben. Auch die Bank of England wird den Leitzinssatz hinaufsetzen. Zwar stiegen die Immobilienpreise in London enorm. Aber eine Zinssatzerhöhung droht, neben der erwünschten Dämpfung der Vermögensmärkte, die Konjunktur zu belasten. Der Mangel an erprobten makroprudentiellen Instrumenten wird durch diesen Zielkonflikt evident. Im Gegensatz zu den angloamerikanischen Notenbanken lockert die EZB angesichts des Deflationsrisikos im Euro-Raum die Geldpolitik weiter. In zwei Tranchen werden Banken Refinanzierungsgeschäfte angeboten, die direkt an die Kreditvergabe an Unternehmen geknüpft sind (Targeted Long-term Refinancing Operations – TLTRO). Darüber hinaus wird die EZB Pfandbriefe von Kreditinstituten und forderungsbesicherte Wertpapiere (Asset Backed Securities – ABS) ankaufen. Diese Maßnahmen zielen zwar auf eine Verbesserung des Kreditangebotes ab, beheben aber die Nachfrageschwäche nicht. Der Wert des Euro gegenüber dem Dollar sank seit der Ankündigung weiterer expansiver Maßnahmen kontinuierlich. Im Jahresdurchschnitt 2014 wird er 1,35 \$ je € betragen, 2015 1,30 \$ je €.

Im Euro-Raum wird die Geldpolitik angesichts des Deflationsrisikos weiter gelockert, in den USA und Großbritannien etwas gestrafft.

Abbildung 1: Warenimporte, real, saisonbereinigt

Gleitender Dreimonatsdurchschnitt, Veränderung gegen die Vorperiode in %



Q: CPB.

3. USA: Hochkonjunktur mit geringeren Wachstumsraten

Der Aufschwung in den USA beruht auf der robusten Binnennachfrage.

Die USA verzeichneten im I. Quartal 2014 einen unerwarteten BIP-Rückgang, der vor allem dem äußerst strengen Winter zugeschrieben wird. Aufgrund der soliden Grundkonstitution der Volkswirtschaft wurde er rasch durch Nachholinvestitionen und Exportsteigerungen im II. Quartal kompensiert. Die Arbeitslosenquote sank von ihrem Höchstwert von 10% im Oktober 2009 auf 6,1% im August 2014. Das BIP-Wachstum fiel bislang aus unterschiedlichen Gründen geringer aus als in früheren Aufschwungphasen. Der Produktivitätsfortschritt dürfte sich verlangsamt haben: Die "Schiefergasrevolution" konnte nicht an die starken und breit gestreuten Produktivitätssteigerungen anschließen, welche die Innovationen in der Informationstechnologie in den 1990er-Jahren ausgelöst hatten. Darüber hinaus verringerte sich die Erwerbsquote seit der Finanzmarktkrise weiter, anders als in den meisten EU-Ländern. Die BIP-Prognose für die USA bleibt unverändert bei 2,2% 2014 und 3,1% 2015.

4. Japan: Steuererhöhung dominiert den Konjunkturverlauf

Nachdem der Mehrwertsteuersatz in Japan heuer von 5% auf 8% erhöht wurde, soll er 2015 auf 10% steigen.

In China kann selbst das geringere Wachstumsziel nicht ohne zusätzliche öffentliche Maßnahmen erreicht werden.

Die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 5% auf 8% am 1. April 2014 bestimmt den Konjunkturverlauf in Japan: Kräftigen Vorziehkäufen im I. Quartal folgte ein Nachfrageeinbruch im II. Quartal. Für das 2. Halbjahr 2015 ist eine ähnliche Entwicklung zu erwarten, da der Mehrwertsteuersatz im Oktober 2015 weiter auf 10% angehoben wird. Der Nachfrageausfall im II. Quartal 2014 war stärker als erwartet, die BIP-Prognose für Japan verringert sich deshalb auf +0,9% 2014 und +0,8% 2015.

Die massiven Stimulierungsmaßnahmen, die in China seit 2009 ergriffen wurden und das reale BIP-Wachstum bis 2011 über 9% hielten, hatten beträchtliche Fehlallokationen, Überkapazitäten und Überschuldung zur Folge, die die Binnennachfrage zunehmend belasten. Staatliche Maßnahmen sind wieder erforderlich, um selbst das abgeschwächte Wachstum der vergangenen Jahre zu erreichen. Im Frühjahr 2014 wurden neue Investitionen in die Schieneninfrastruktur und den sozialen Wohnbau beschlossen. Einer Lockerung der Bestimmungen zur Relation zwischen Kreditvolumen und Bankeinlagen folgte eine Kreditexpansion. Dies wirkt zwar konjunkturbelebend, das Finanzmarktrisiko nimmt dadurch aber weiter zu. Für 2014 und 2015 wird weiterhin mit einem realen BIP-Anstieg von jeweils 7,3% gerechnet.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Bruttoinlandsprodukt, real</i>						
Welt	+ 5,2	+ 3,9	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,5
USA	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 3,1
Japan	+ 4,7	- 0,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,8
EU 28	+ 2,0	+ 1,6	- 0,4	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,4
Euro-Raum (18 Länder) ¹⁾	+ 1,9	+ 1,6	- 0,7	- 0,4	+ 0,8	+ 1,1
MOEL 5 ²⁾	+ 2,6	+ 3,2	+ 0,7	+ 1,2	+ 2,9	+ 2,6
China	+ 10,4	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,3	+ 7,3
Welthandel, real	+ 14,4	+ 6,8	+ 2,1	+ 2,3	+ 3,5	+ 4,0
Marktwachstum Österreichs ³⁾	+ 14,5	+ 7,6	+ 1,3	+ 1,9	+ 3,5	+ 3,5
<i>Weltmarkt-Rohstoffpreise⁴⁾</i>						
Ohne Rohöl	+ 28,9	+ 28,6	- 2,8	- 1,9	± 0	± 0
Erdölpreis Brent, \$ je Barrel	+ 31,9	+ 19,2	- 14,4	- 6,1	- 4	- 1
Wechselkurs ⁵⁾	79,5	111,3	111,6	108,7	110	110
	\$ je Euro	1,327	1,392	1,286	1,328	1,35
					1,35	1,30

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. – ²⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ³⁾ Importveränderungsrate der Partnerländer für Waren real (laut Oxford Economics), gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁴⁾ HWWI-Index, auf Dollar-Basis. – ⁵⁾ Monatsdurchschnitte.

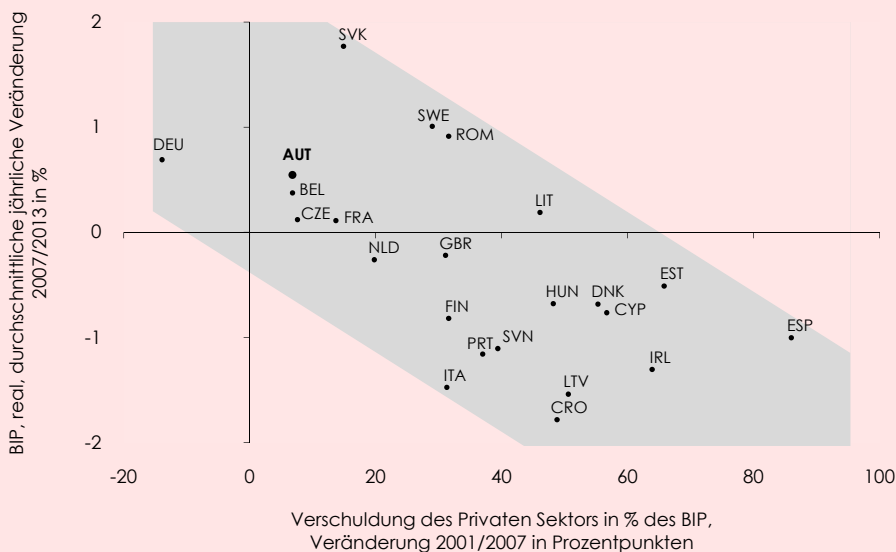
5. Euro-Raum: Binnennachfrage bleibt schwach

Die Lösung der Refinanzierungskrise einiger Euro-Länder durch die Zusicherung der EZB, die Rolle als Lender of Last Resort wahrzunehmen, beendete 2013 die Rezession

im Euro-Raum. Die Sekundärmarktrenditen für zehnjährige Staatsanleihen sanken seither auf 0,9% (Deutschland) bis 3,0% (Portugal; Griechenland 5,6%). Für einen markanten Aufschwung ist aber die Binnennachfrage zu schwach. Der teils hohe Mittelbedarf für die Bedienung von Schulden, die vor der Finanzmarktkrise eingegangen worden waren und sich seither als kaum tragfähig erwiesen, schränkt die Konsum- und Investitionsmöglichkeiten vieler Haushalte und Unternehmen ein. Das Ausmaß, in dem die Privatverschuldung in den Jahren vor der Finanzmarktkrise zunahm, steht in einem negativen Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum nach der Finanzmarktkrise: Je höhere Schulden im privaten Sektor angehäuft wurden, desto mehr belasten deren Tilgung und Zinszahlungen die Konjunktur (Abbildung 2).

Die anhaltend hohe Privatverschuldung dämpft die Konsum- und Investitionsmöglichkeiten in vielen Ländern erheblich.

Abbildung 2: Verschuldung des privaten Sektors und BIP-Entwicklung in der EU



Q: Europäische Kommission (MIP-Scoreboard). Ohne Bulgarien, Griechenland und Polen (Ausreißer), Luxemburg und Malta (keine Daten verfügbar).

In den USA und in Großbritannien gelang der Schuldenabbau seit der Finanzmarktkrise rascher, weil die Insolvenzgesetzgebung dort schuldnerfreundlicher ist und die privaten Haushalte ihre Vermögenslage zügiger konsolidieren konnten. Darüber hinaus wurde in der Frühphase der Erholung eine deutlich höhere öffentliche Verschuldung in Kauf genommen, während die Erholung im Euro-Raum durch die Austeritätspolitik abgewürgt wurde. Unter den von der Refinanzierungskrise betroffenen Ländern ging die Privatverschuldung bislang nur in Spanien spürbar zurück; allerdings hatte sie vor der Finanzmarktkrise dort auch am stärksten zugenommen. Die äußerst geringe Inflation erschwert derzeit zusätzlich die Schuldentilgung, die Realzinssätze für private Haushalte und Unternehmen sind teilweise zu hoch. Im Euro-Raum wird das BIP deshalb 2014 um nur 0,8% wachsen, 2015 nur geringfügig stärker (+1,1%). Die Prognose für die gesamte EU liegt aufgrund der höheren Zuwachsraten in den osteuropäischen Mitgliedsländern und in Großbritannien darüber (+1,3% bzw. +1,4%).

6. Österreich: Abkühlung des Welthandels dämpft Exporte

Von der Abschwächung der internationalen Nachfrage ist auch die österreichische Volkswirtschaft betroffen. Statt der erwarteten Beschleunigung verlangsamt sich das Außenhandelswachstum 2014 wieder. Die Ukraine-Krise spielte bisher eine untergeordnete Rolle, die Dämpfung beruht auf der Verringerung der Importnachfrage der Schwellenländer insgesamt: Die Exporte in Nicht-EU-Länder stiegen in der ersten Jahreshälfte 2014 kaum (nominell +0,6%), kräftig wuchs in dieser Gruppe nur die Ausfuhr

Die Importschwäche der Schwellenländer dämpft die heimischen Exporte direkt und über Drittlandeffekte, insbesondere im Euro-Raum.

in die USA (nominell +6,0%). Die Ausfuhr in den Euro-Raum, dessen exportorientierte Volkswirtschaften auch von der Abschwächung der internationalen Nachfrage betroffen sind, war aufgrund der Zweitrundeneffekte ebenfalls schwach (nominell +0,4%). Die Warenausfuhr nach Großbritannien (nominell +11,6%) und in die MOEL 5 (nominell +5,0%) nahm stärker zu, da sich die Konjunktur dort besser entwickelte. 2014 werden die gesamten Warenexporte deutlich geringer ausfallen (+2,3%) als zuletzt prognostiziert.

Übersicht 3: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
	Mrd. € (Referenzjahr 2005)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	195,41	196,44	197,85	199,64	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,9
Private Haushalte ¹⁾	145,59	145,37	145,97	147,14	+ 0,5	- 0,2	+ 0,4	+ 0,8
Staat	49,83	51,08	51,90	52,52	+ 0,2	+ 2,5	+ 1,6	+ 1,2
Bruttoinvestitionen	58,88	55,45	55,83	57,03	- 1,2	- 5,8	+ 0,7	+ 2,1
Bruttoanlageinvestitionen	56,51	56,09	56,60	57,42	+ 1,6	- 0,8	+ 0,9	+ 1,5
Ausrüstungen	23,28	22,48	22,48	22,93	+ 2,1	- 3,5	± 0,0	+ 2,0
Bauten	27,92	28,25	28,73	29,01	+ 2,5	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,0
Inländische Verwendung	254,23	251,67	253,78	256,77	- 0,0	- 1,0	+ 0,8	+ 1,2
Exporte	156,46	160,62	163,11	168,57	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,5	+ 3,3
Reiseverkehr	11,69	11,71	11,42	11,59	+ 0,8	+ 0,2	- 2,5	+ 1,5
Minus Importe	139,30	140,01	142,46	147,36	- 0,3	+ 0,5	+ 1,7	+ 3,4
Reiseverkehr	5,39	5,36	5,45	5,55	- 4,2	- 0,4	+ 1,5	+ 2,0
Bruttoinlandsprodukt	271,54	272,28	274,36	277,75	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,2
Nominell	307,00	313,26	320,86	329,94	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,8

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Übersicht 4: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
	Mrd. € (Referenzjahr 2005)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3,58	3,51	3,55	3,55	- 8,0	- 1,9	+ 1,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	52,84	53,54	53,97	55,32	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,8	+ 2,5
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	6,94	7,56	7,64	7,71	+ 9,7	+ 9,0	+ 1,0	+ 1,0
Bau	14,27	14,32	14,42	14,57	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,0
Handel, Kfz	29,84	29,42	29,42	29,72	- 1,7	- 1,4	± 0,0	+ 1,0
Verkehr	10,44	10,38	10,43	10,49	- 1,0	- 0,6	+ 0,5	+ 0,5
Beherbergung und Gastronomie	11,30	11,04	10,84	10,98	+ 1,6	- 2,3	- 1,8	+ 1,3
Information und Kommunikation	8,44	8,21	7,93	7,81	- 1,5	- 2,7	- 3,5	- 1,5
Kredit- und Versicherungswesen	15,07	15,12	15,85	16,08	+ 2,7	+ 0,3	+ 4,8	+ 1,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	23,82	23,98	24,39	24,80	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,7
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	22,00	22,07	22,38	22,76	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,7
Öffentliche Verwaltung ²⁾	41,26	41,75	42,30	42,72	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen	6,64	6,65	6,71	6,76	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ³⁾	246,15	247,23	249,35	252,68	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,3
Bruttoinlandsprodukt	271,54	272,28	274,36	277,75	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,2

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

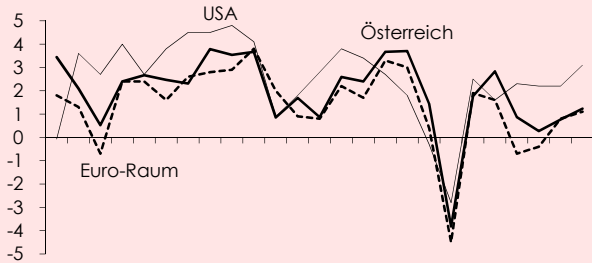
Im Prognosezeitraum sollte der Druck auf die Exportnachfrage abnehmen, falls keine neuerlichen Finanzmarkturbulenzen eintreten und sich die Ukraine-Krise nicht verschärft. Dies wird auch den innereuropäischen Handel etwas stimulieren. Der Rück-

gang des Euro-Kurses begünstigt die Exportwirtschaft ebenfalls. 2015 werden Österreichs Warenexporte daher stärker expandieren (+3,5%).

Abbildung 3: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

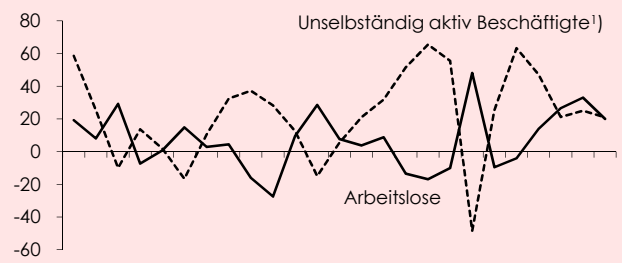
Wirtschaftswachstum

In %



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



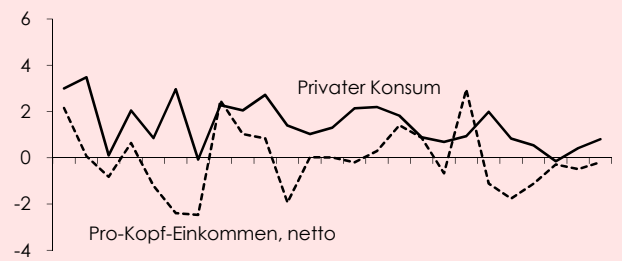
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



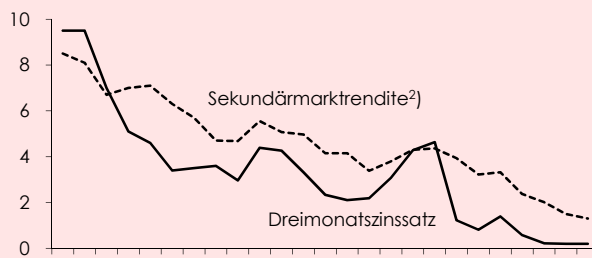
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



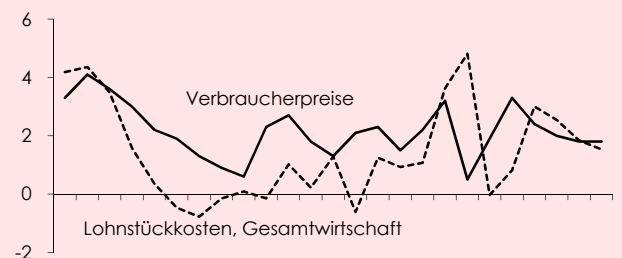
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



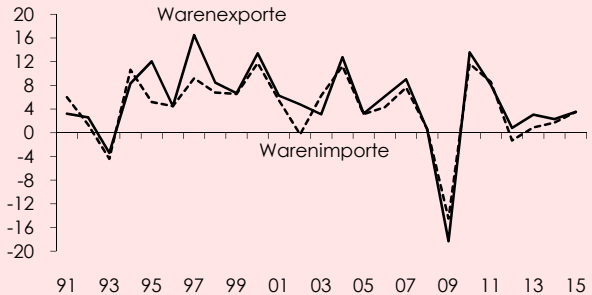
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



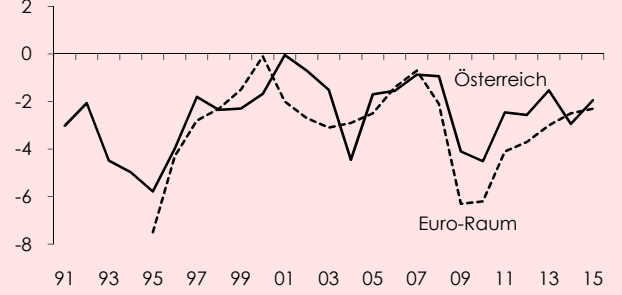
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹) Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienste, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung in der Beschäftigtenstatistik. – ²) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Der Leistungsbilanzsaldo bleibt über den Prognosezeitraum unter 3% des BIP.

Der Leistungsbilanzsaldo wird 2014 mit 2,4% und 2015 mit 2,5% des BIP geringer sein als 2013 (2,7% des BIP). Dies liegt nicht an der geänderten Prognose des Warenverkehrs, sondern vor allem an der Verschlechterung der Einkommensbilanz: Die Vermögenseinkommensbilanz bleibt aufgrund des Rückganges der Einkommen aus österreichischen Auslandsdirektinvestitionen weiterhin negativ. Darüber hinaus dreht aber auch die Bilanz der Erwerbseinkommen in den negativen Bereich, insbesondere wegen der Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes für Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien und dem Anstieg des Pendlerverkehrs aus den östlichen Nachbarländern.

Die niedrigen Absatzerwartungen bremsen die Investitionstätigkeit trotz weiter sinkender Zinssätze.

6.1 Investitionen werden zurückgehalten

Die Ausrüstungsinvestitionen erhielten Anfang 2014 einen Schub durch eine kräftige Ausweitung der Fahrzeuginvestitionen, die allerdings überwiegend Vorziehkäufe vor der Anhebung der Normverbrauchsabgabe mit 1. März 2014 waren. Im weiteren Jahresverlauf wird hingegen wieder mit einer gedämpften Entwicklung gerechnet. Die Investitionen in Maschinen und Geräte gingen im laufenden Jahr zurück. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen 2014 stagnieren und 2015 nur leicht zunehmen (+2,0%). Zwar sind die langfristigen Zinssätze sehr niedrig und sollen 2015 mit der zusätzlichen geldpolitischen Lockerung weiter zurückgehen. Die Investitionsschwäche bleibt davon aber größtenteils unberührt, da die Investitionen vor allem wegen der ungünstigen Absatzerwartungen zurückgehalten werden.

Die relativ kräftige Expansion der Bauinvestitionen zu Jahresbeginn war u. a., ähnlich wie in Deutschland, auf das milde Winterwetter zurückzuführen. Insgesamt wird daher für 2014 mit einem Zuwachs von 1,7% gerechnet. Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests deuten jedoch auf eine Abkühlung hin. Die Zahl der Baubewilligungen war im I. Quartal niedriger als im Vorjahr. 2015 werden die Bauinvestitionen um nur 1,0% zunehmen.

Nicht Struktur Faktoren, sondern die Nachfrageschwäche hemmt die Warenproduktion.

Die Indikatoren der Stimmungslage und der Auftragseingänge in der Sachgütererzeugung zeigen keine Aufwärtstendenz, eine Expansion bleibt in den kommenden Monaten aus. 2014 wird die Wertschöpfung in der Herstellung von Waren nur mäßig steigen (+0,8%). Die prognostizierte Zunahme 2015 (+2,5%) geht einher mit der verhaltenen Aufwärtsdynamik der Export- und Investitionsnachfrage, ist aber zu schwach, um das Arbeitsvolumen wieder zu heben, denn der Produktivitätsfortschritt ist in der Warenherstellung weiterhin hoch (2015 +3,3%, Gesamtwirtschaft +1,1%). Die Preise der Ausrüstungsinvestitionen stagnieren, die Preise der Warenexporte gehen heuer noch etwas zurück.

6.2 Dienstleistungsbranchen stützen Beschäftigung

Das Wirtschaftswachstum beruht zur Gänze auf der Produktivitätsverbesserung, das Arbeitsvolumen stagniert.

In der Sachgütererzeugung verringert sich das Arbeitsvolumen wegen des Rückganges der Beschäftigtenzahl und der Pro-Kopf-Arbeitszeit. Somit wird der Beschäftigungsanstieg in der Gesamtwirtschaft (2014 +0,7%, 2015 +0,6%) vom Dienstleistungsbereich getragen. Doch hier ist die Steigerung der Beschäftigtenzahl auch von einer Verkürzung der Pro-Kopf-Arbeitszeit begleitet (Ausweitung der Teilzeitstellen, Rückgang der Pro-Kopf-Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten, z. B. durch Verringerung von Überstunden). Das Gesamtarbeitsvolumen dürfte über den Prognosezeitraum daher stagnieren, sodass das Wirtschaftswachstum gänzlich durch Produktivitätssteigerungen erzielt wird.

Durch den Zuzug von Arbeitskräften wird der Rückgang des inländischen Arbeitskräfteangebotes mehr als kompensiert.

Der schwächeren Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage steht weiterhin ein deutlicher Anstieg des Arbeitskräfteangebotes gegenüber, sodass sich die Arbeitslosenquote 2015 auf knapp unter 9% erhöht. Da die inländische Bevölkerung im Erwerbsalter sinkt, ist der Anstieg des Arbeitskräfteangebotes und der Beschäftigung getragen vom Zuzug aus dem Ausland, u. a. von einer grenzüberschreitenden Pendlerbewegung. Darüber hinaus steigt das Angebot in der Altersgruppe ab 50 Jahren, bedingt durch die starke Besetzung der betreffenden Geburtsjahrgänge und die Einschränkung der Möglichkeiten zum Pensionsantritt.

Übersicht 5: Arbeitsmarkt

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 35,0	+ 69,9	+ 50,1	+ 27,9	+ 31,0	+ 26,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 25,5	+ 63,3	+ 47,2	+ 21,2	+ 25,0	+ 21,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in %					
Inländische Arbeitskräfte	+ 5,8	+ 25,7	+ 9,0	- 8,5	- 7,0	- 5,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 19,7	+ 37,7	+ 38,1	+ 29,7	+ 32,0	+ 26,0
Selbständige ³⁾	+ 9,5	+ 6,6	+ 2,9	+ 6,7	+ 6,0	+ 5,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 17,3	+ 31,3	+ 18,0	+ 23,5	+ 5,8	+ 8,1
15- bis 59-Jährige	+ 4,9	+ 11,7	+ 22,3	+ 27,2	+ 5,6	+ 1,7
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 25,5	+ 65,8	+ 64,0	+ 54,5	+ 64,0	+ 46,0
Überschuss an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	- 9,5	- 4,1	+ 13,9	+ 26,6	+ 33,0	+ 20,0
Stand	in 1.000	250,8	246,7	260,6	287,2	320,2
Arbeitslose in Kursmaßnahmen	in 1.000	73,2	63,2	66,6	73,5	80,5
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	4,4	4,2	4,3	4,9	5,0	5,2
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	6,2	6,0	6,2	6,8	7,5	7,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,9	6,7	7,0	7,6	8,4	8,8
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	65,7	66,6	67,2	67,4	67,9	68,3
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾	71,7	72,1	72,5	72,3	72,7	73,1

Q: WIFO, 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienster. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁷⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Übersicht 6: Produktivität

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,8	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,2
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	- 0,1	+ 2,3	- 0,0	- 0,8	± 0,0	+ 0,1
Stundenproduktivität ²⁾	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,1
Erwerbstätige ³⁾	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8
Herstellung von Waren						
Produktion ⁴⁾	+ 7,8	+ 8,3	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,5
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,6	- 1,2	- 1,0	- 0,8
Stundenproduktivität ²⁾	+ 6,1	+ 6,9	+ 0,6	+ 2,7	+ 1,8	+ 3,3
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	- 1,3	+ 1,7	+ 1,1	- 0,0	- 0,2	- 0,1

Q: WIFO, 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleisteter Arbeitsstunde. – ³⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ⁴⁾ Nettoproduktion, real. – ⁵⁾ Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ⁶⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

6.3 Verhaltene Ausweitung des privaten Konsums

Die ungünstige Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Verringerung der Arbeitszeit bremsen den Lohnanstieg pro Kopf. Mit +1,7% 2014 und +2,0% 2015 (nominell, brutto) wird er geringer ausfallen als 2012 und 2013. Zwar wird auch die Inflationsrate heuer etwas zurückgehen (auf 1,8%), angesichts der geringen realwirtschaftlichen Dynamik und im Vergleich zum Durchschnitt des Euro-Raumes ist sie damit aber weiterhin relativ hoch. Die Differenz zum Durchschnitt des Euro-Raumes geht überwiegend auf die stärkere Verteuerung von Dienstleistungen und Nahrungsmitteln in Österreich zurück. Neben der relativ hohen Teuerungsrate dämpft auch die u. a. durch die "kalte Progression" verursachte Zunahme der Steuerbelastung die Kaufkraft: Zwischen 2009 und 2013 stieg die Abgabenquote für ein durchschnittliches Lohneinkommen um 1,2 Prozentpunkte auf 49,1% (laut OECD, Taxing Wages). Die realen Nettolöhne nehmen daher im Prognosezeitraum weiter ab. Die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt und die gedämpfte Einkommensentwicklung schwächen die Kaufkraft der privaten Haushalte. Das Konsumentenvertrauen trübte sich zuletzt weiter ein. Der

Die Teuerung und die hohe Abgabenbelastung dämpfen die Kaufkraft.

private Konsum wird daher, nach einem leichten Rückgang 2013, im Jahr 2014 nur wenig wachsen (+0,4%, 2015 +0,8%); die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern schrumpft heuer noch.

Übersicht 7: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Löhne und Gehälter pro Kopf¹⁾</i>						
Nominell, brutto	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,0
Real ²⁾						
Brutto	- 0,9	- 1,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2
Netto	- 1,1	- 1,8	- 1,1	- 0,3	- 0,5	- 0,2
<i>Lohnstückkosten</i>						
Gesamtwirtschaft	- 0,0	+ 0,8	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,5
Herstellung von Waren	- 6,9	- 3,0	+ 3,0	+ 1,9	+ 1,0	- 0,4
<i>Effektiver Wechselkursindex Industriewaren</i>						
Nominell	- 2,9	+ 0,1	- 1,7	+ 1,8	+ 1,1	- 0,2
Real	- 3,2	+ 0,5	- 1,7	+ 2,1	+ 1,3	- 0,3

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI.

Übersicht 8: Konsum, Einkommen und Preise

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
<i>Private Konsumausgaben¹⁾</i>	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,2	+ 0,4	+ 0,8
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,6	+ 1,8	+ 0,6	- 2,2	- 0,5	+ 0,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 2,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,8
<i>Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte</i>	- 0,5	- 1,3	+ 1,1	- 1,0	+ 0,1	+ 1,0
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	8,9	6,7	7,4	6,6	6,3	6,5
Sparquote der privaten Haushalte ³⁾	8,4	6,4	7,0	6,2	5,9	6,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)</i>	+ 2,9	+ 2,7	+ 0,0	- 1,2	+ 1,3	+ 1,9
	In %					
<i>Inflationsrate</i>						
National	1,9	3,3	2,4	2,0	1,8	1,8
Harmonisiert	1,7	3,6	2,6	2,1	1,7	1,8
"Kerninflation" ⁴⁾	1,2	2,8	2,3	2,3	2,0	1,9

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ⁴⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

6.4 Zinssatzsenkung entlastet die öffentlichen Haushalte etwas

Die für 2014 veranschlagten Bankenhilfen im Umfang von 4,4 Mrd. € (davon 4 Mrd. € für die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG) belasten die öffentlichen Haushalte. Für 2015 wird mit defiziterhöhenden Unterstützungsmaßnahmen von zusätzlich 1 Mrd. € gerechnet. Neben Einmalerträgen aus dem Steuerabkommen mit Liechtenstein (2014: 0,5 Mrd. €) wirken Mehreinnahmen aus dem Abgabenänderungsgesetz 2014 (2014: 0,7 Mrd. €, 2015: 1,1 Mrd. €) und Kürzungen der Ermessensausgaben sowie Einsparungen im Pensionsbereich defizitsenkend. Entlastet wird der Staatshaushalt auch durch den anhaltenden Rückgang der Zinssätze. Angesichts der ungünstigen Konjunkturlage ändert sich die Prognose für das Maastricht-Defizit (2014: 2,9% des BIP) daher nur geringfügig.

Strukturelle Einsparungen und die Abnahme der Zinszahlungen wirken dem konjunkturbedingtem Anstieg des Defizits im Staatshaushalt entgegen.

Ein möglicher Zuschussbedarf der teilweise notverstaatlichten Banken über das bereits veranschlagte Volumen hinaus bildet weiterhin ein maßgebliches Prognoserisiko für das Maastricht-Defizit. Auch eine Senkung der Abgaben auf Arbeit würde das Budgetdefizit erhöhen, wenn sie nicht mit einer Ausgabenkürzung oder einer Ausweitung anderer Abgabeneinnahmen einhergeht. Zwar hätte eine Senkung der Einkommensteuer- oder der Sozialversicherungsbeitragssätze nicht nur längerfristige positive beschäftigungspolitische Anreizwirkungen, sondern auch kurzfristige positive Effekte auf die Nachfrage, die Beschäftigung und in der Folge auf die Steuereinnahmen. Das Volumen dieser induzierten zusätzlichen Einnahmen ist aber gering im Vergleich zu dem durch die Abgabensenkung verursachten Aufkommensentfall.

Die notwendige Verringerung der Abgaben auf Arbeit muss durch eine Erhöhung anderer Abgaben oder eine Ausgabensenkung begleitet werden.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates						
Lauf Maastricht-Definition ¹⁾	- 4,5	- 2,5	- 2,6	- 1,5	- 2,9	- 1,9
Struktureller Budgetsaldo	- 3,2	- 2,4	- 1,8	- 1,2	- 0,9	- 0,7
Primärsaldo des Staates laut VGR	- 1,8	+ 0,2	+ 0,0	+ 1,0	- 0,4	+ 0,6
	In %					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	0,8	1,4	0,6	0,2	0,2	0,2
Sekundärmarktrendite ²⁾	3,2	3,3	2,4	2,0	1,5	1,3
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Effektiver Wechselkursindex						
Nominell	- 2,7	+ 0,2	- 1,5	+ 1,7	+ 1,0	- 0,3
Real	- 3,0	+ 0,6	- 1,6	+ 2,0	+ 1,4	- 0,4

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

6.5 Russland-Krise als Konjunkturrisiko, neue Europäische Kommission als Chance

Angesichts der Ukraine-Krise setzte die EU am 1. August 2014 Maßnahmen, die den Handel mit Russland in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Waffen und Erdöltechnologie einschränken. In den EU-Ländern wurde der Handel mit Wertpapieren der größten russischen Banken unterbunden und deren Refinanzierungsmöglichkeiten damit spürbar reduziert. Betrifft die Beschränkung des Handels mit Waffen und Hochtechnologie klar umrissene Bereiche, so schaden die Maßnahmen im Bankenbereich der russischen Volkswirtschaft insgesamt, da sie die Finanzierung von Unternehmen erschweren und Investitionen verteuern. In Osteuropa tätige heimische Banken, die dort bereits durch Firmenwertabschreibungen, notleidende Kredite und Zwangskonvertierungen von Fremdwährungskrediten belastet sind, könnten durch die Sanktionen geschwächt werden und die Kreditvergabe einschränken.

Die Auswirkungen der Russland-Krise auf die heimische Konjunktur waren bislang gering, könnten aber steigen.

Eine Voraussetzung dafür, dass in Österreich ein positiver Außenhandels- und Investitionszyklus in Gang kommt, ist ein Anziehen der Konjunktur im Euro-Raum. Entgegen den aktuellen Stimmungsindikatoren wäre dafür insbesondere eine Stärkung der Binnennachfrage notwendig. Von Lohnerhöhungen in Deutschland (Einführung eines Mindestlohnes 2015) und einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen könnten positive Impulse ausgehen. Darüber hinaus könnte die Europäische Kommission ihre Neukonstituierung als Chance nutzen, um gezielte und wirksame konjunkturstimulierende Maßnahmen zu setzen.

Eine Kräftigung der Binnennachfrage im Euro-Raum könnte einen positiven Investitionszyklus in Österreich auslösen.